

Wie will Ihre Partei Altersarmut verhindern?

Direkt gefragt (4): Vier Fragen richtet das TAGBLATT bis zur Bundestagswahl an die sechs Kandidatinnen und Kandidaten der Bundestags- und Landtagsparteien für den Wahlkreis Tübingen. Alle bekommen für ihr Statement gleich viel Raum. Unsere vierte Frage: **Wie will Ihre Partei Altersarmut verhindern?** Vom Kandidaten der AfD erhielten wir auch dieses Mal keine Antwort.



Heike Hänsel

Bundestags-Abgeordnete der **Linken**

Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben und die gesetzliche Rente stärken. Vollzeiterwerbstätige mit 12 Euro Stundenlohn und mehr erhielten dann in der Regel eine Rente von mehr als 1050 Euro. Eine Einzelhandelskauffrau mit einem Verdienst von 1940 Euro brutto hätte dadurch monatlich gut 270 Euro mehr Rente. Von dieser Rente würden vor allem Frauen profitieren. Ausbildungszeiten müssen besser anerkannt werden und zu höheren Renten führen.

Zeiten der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden, damit sie nicht zu Armutsrenten führen. Für jedes Kind, unabhängig vom Geburtsjahr, wollen wir drei Entgeltpunkte auf dem Rentenkonto gutschreiben. Wir wollen eine Solidarische Mindestrente in Höhe von 1050 Euro einführen. Unser Ziel ist eine Rentenversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbständige und Beamte wie in Österreich, dies kann die Rente langfristig stabilisieren und den Lebensstandard sichern.



Christopher Gohl

Bundestags-Kandidat der **FDP**

Der Kampf gegen die Altersarmut darf nicht erst bei der Rentenhöhe aufgenommen werden. Er fängt schon bei guter Bildung und einer starken Wirtschaft mit guten Arbeitsplätzen an – und entsprechend höheren Einzahlungen in die Rentenkasse. Auch die private und betriebliche Altersvorsorge muss gestärkt werden, etwa indem man Einkünfte daraus nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter anrechnet und Vorsorge sich auszahlt. Und es muss auch bei kleineren Einkommen möglich sein, dafür zu sorgen, dass man im Alter mietfrei wohnen kann. Dafür müssen Bauen oder Wohnungsbau billiger und einfacher werden, zum Beispiel durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbssteuer. Bei dann noch nicht ausreichender Rente soll eine Aufstockung erfolgen – aber aus Steuermitteln, nicht aus Rentenbeiträgen. Besondere Unterstützung brauchen Alleinerziehende, die zugunsten von Kindern Zugeständnisse an den Erwerb von Rentenansprüchen machen und deshalb typisch von Altersarmut bedroht sind.



Dubravko Mandić

Bundestags-Kandidat der **AfD**



Annette Widmann-Mauz

Bundestags-Abgeordnete der **CDU**

Sichere Renten brauchen einen stabilen Arbeitsmarkt. Dank anhaltendem Wachstum und Rekordbeschäftigung haben die Renten bei uns seit 2014 um nahezu 10 Prozent zugelegt. Dazu zählt auch die Mütterrente der Union, die ein Rentenplus von rund 30 Euro je Kind für knapp 10 Millionen Eltern bedeutet. Auch ist davon auszugehen, dass die Rente bis 2030 jedes Jahr um weitere zwei Prozent steigt. Das Rentenniveau ist zuletzt sogar auf 48,2 Prozent angewachsen. Um das Rentenniveau möglichst hoch zu halten und Altersarmut zu verhindern, wollen wir in ganz Deutschland Vollbeschäftigung erreichen. Risikogruppen sind aber Langzeitarbeitslose, Alleinerziehende und Selbständige ohne Vorsorge. Hier braucht es zielgenaue Lösungen, wie wir sie bei der Betriebs- und der Erwerbsminderungsrente erreicht haben. Unser Ziel ist es, mit einer unabhängigen Rentenkommission bis 2019 ein solides Rentenkonzept im Konsens zu erarbeiten, das Lebensleistung honoriert und Generationengerechtigkeit sichert.



Martin Rosemann

Bundestags-Abgeordneter der **SPD**

Die Rente muss auch in Zukunft verlässlich sein. Die Bekämpfung von Altersarmut ist somit ein zentrales Ziel unserer Rentenpolitik. Neben der Stabilisierung des Rentenniveaus brauchen wir zielgenaue Maßnahmen für Personengruppen, die besonders vom Risiko der Altersarmut betroffen sind. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir für alle Erwerbsminderungsrentner verbessern, nicht versicherte Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen und Prävention und Rehabilitation weiter stärken. Jeder, der sein Leben lang gearbeitet hat, soll mit der Solidarrente eine Rente über dem Grundsicherungsniveau bekommen. Außerdem sorgen wir mit gebührenfreier Bildung von der Kita bis zum Hochschulabschluss oder Meister, einer starken Tarifbindung und gerechten Löhnen sowie einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und dem bisher von der CDU blockierten Rückkehrrecht in Vollzeitarbeit für auskömmliche Renten. Denn es gilt der Zusammenhang: gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente.



Chris Kühn

Bundestags-Abgeordneter der **Grünen**

Das ist sicherlich eine der großen sozialen Fragen, vor allem durch den demographischen Wandel. Ich setze mich dafür ein, eine Untergrenze zu schaffen, damit niemand mehr im Alter in Armut gerät, obwohl er oder sie viele Jahre gearbeitet hat. Wir wollen eine Garantierente, die dafür sorgt, dass man von der eigenen Rente auch leben kann. Armutsbekämpfung ist keine Frage der sozialen Sicherungssysteme allein, sondern auch eine Steuerfrage und eine Frage der gesamten Gesellschaft.

Deshalb muss solch eine Garantierente über Steuern finanziert werden, denn dann wird das Rentensystem nicht weiter belastet. Damit sorgen wir für Gerechtigkeit, indem wir solch eine gesellschaftliche Aufgabe nicht zukünftigen Generationen und Beitragszahlern aufbürden. Im Augenblick sind vor allem viele Frauen von Altersarmut betroffen, und die brauchen endlich ein wirksames Instrument, das vor Altersarmut schützt.